

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

### **Inhalt:**

Die 29. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode .....	2
Freiheitlicher Wahlkampf am Rücken der steirischen Gesundheitsversorgung.....	3
Landtag Steiermark debattierte Kulturförderungsbericht 2016.....	5
Landtag Steiermark fordert Maßnahmen gegen Käfigeier-Importe.....	6
Förderung von Frauen in der Wirtschaft.....	7
Landtag Steiermark diskutiert erstes Europäisches Arbeitsprogramm der Landesregierung ...	9
Landtag Steiermark genehmigt Förderung für Basisbildung .....	11

## **Die 29. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode**

Mit der 29. Landtagssitzung der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode am 19. September 2017 wurde die 4. Tagung dieser Periode eröffnet.

Die Tagesordnung umfasste 29 Punkte. Zudem wurden drei Befragungen an Mitglieder der Landesregierung gerichtet. Es gab zwei Dringliche Anfragen.

**Auf den folgenden Seiten findet sich ein Auszug der wichtigsten Inhalte dieser Sitzung.**

Dringliche Anfrage an Gesundheitslandesrat Christopher Drexler:

## **Freiheitlicher Wahlkampf am Rücken der steirischen Gesundheitsversorgung**

**In einer Dringlichen Anfrage malten die Freiheitlichen im Landtag Steiermark den gesundheitspolitischen Teufel an die Wand. Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei mahnten eindringlich zu Sachlichkeit und verwiesen auf die umfangreichen Aktivitäten der Landesregierung zur weiteren Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der Steiermark. Die Notwendigkeit für Reformen unterstrichen die VP-Mandatare ebenso, wie sie das mangelnde Engagement der FP-Abgeordneten im Diskussionsprozess zum RSG bemängelten.**

Mit 29 Fragen an Gesundheitslandesrat Christopher Drexler versuchten die Abgeordneten der FPÖ ein desolates Bild der Gesundheitsversorgung in der Steiermark zu zeichnen. In seiner Beantwortung konnte dieser nicht nur in den Raum gestellte Behauptungen ausräumen, sondern auch auf die umfangreichen Aktivitäten des Gesundheitsressorts verweisen. Neben der konsequenten Umsetzung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit (RSG) 2025 sind auch zahlreiche Maßnahmen und Strategien gegen einen drohenden Ärztemangel in den steirischen Regionen in Umsetzung. Die Einrichtung von Gesundheitszentren, um eine nahe und effizienter Versorgung der Steirerinnen und Steirer weiterhin zu gewährleisten und zu verbessern, ist im Laufen.

### **RSG 2025 und Gesundheitsplan 2035 bleiben die entscheidenden Planungsgrundlagen**

Die Oppositionsparteien versuchten mit mehreren Entschließungsanträgen die entscheidenden Planungsgrundlagen für eine zukunftssichere Gesundheitsversorgung in der Steiermark – den RSG 2025 und den Gesundheitsplan 2035 – zu torpedieren. Die VP-Abgeordneten stellten sich dem entschlossen entgegen und betonten die Bedeutung der erst im Juli im Landtag debattierten Pläne. Den ständigen Veränderungen im Gesundheitswesen muss konsequent Rechnung getragen werden, um die beste Gesundheitsinfrastruktur, die nahe an den Steirerinnen und Steirern ist, gewährleisten zu können. Die Vertreter der Zukunftscoalition stehen zu den beschlossenen Planungsinstrumenten, die unter Einbindung zahlreicher Experten auf Basis fundierter Berechnungen erstellt wurden. Es steht außer Frage, dass man bei etwaigen Änderungen im Bedarf – wie etwa anhaltend steigende Geburtenzahlen – selbstverständlich reagieren wird und weiterhin Anpassungen vornehmen kann.

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

### **Schreckgespenster über Versorgungsregion Liezen verjagen**

Sowohl was Engpässe an der Geburtenstation am LKH Graz betrifft (bei 10.000 Geburten seit 2015 kamen sieben Kinder in peripheren geburtshilflichen Abteilungen auf die Welt), als auch was die Verunsicherungstaktik der FPÖ und KPÖ in Hinsicht auf die Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen betrifft, mahnten vor allem die Mandatare der Region eindringlich zur Sachlichkeit. Die Konzentration der akutstationären Versorgung in einem Leitspital der Region ist gesundheitspolitisch und versorgungstechnisch hoch notwendig, um die bestmögliche Versorgung für die Bevölkerung zu erhalten und somit die Qualität zu sichern. Landesrat Drexler hielt deutlich fest, dass die drei Krankenhausstandorte Rottenmann, Bad Aussee und Schladming bis 2025 – jedenfalls bis zum Vollbetrieb des neuen Standortes – im derzeitigen Umfang erhalten bleiben und auch nötige Investitionen nicht hintenangestellt werden. Denn selbstverständlich bleiben die bisherigen Spitäler im Bezirk auch nach 2025 als Gesundheitsstandorte bestehen – als Gesundheitszentrum oder Facharztzentrum. Bewusst verbreitete Schreckgespenster, wonach die Gesundheitsversorgung für die Liezenerinnen und Liezener genauso wie die gesamte Region unter diesen Plänen leiden würden, gilt es daher zu verjagen.

### **Sachliche parlamentarische Arbeit statt wahlkampfbedingte Verunsicherung**

Sowohl der Gesundheitslandesrat als auch die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei richteten ihren dringenden Appell an die Freiheitlichen, nicht laufend den gesundheitspolitischen Teufel an die Wand zu malen. Die FPÖ-Mandatare haben als einzige Oppositionsfraktion die Möglichkeiten, inhaltliche Fragen im Gesundheitsausschuss oder schriftlich an das Büro des Landesrates zu stellen, kaum oder gar nicht genutzt, bemängeln nun aber fehlende Transparenz im Diskussionsprozess. Äußerst skurril mutet das angesichts dessen an, dass es sich beim RSG 2025 wohl ohne Zweifel um eines der am offensten kommunizierten Reformpapiere dieser Legislaturperiode handelt. Daher war man sich einig, dass sich die Freiheitlichen besser auf die parlamentarische Arbeit und eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema konzentrieren sollten, anstatt wahlkampfbedingt Verunsicherung zu verbreiten.

## **Landtag Steiermark debattiert Kulturförderungsbericht 2016**

**Rund 60 Millionen Euro an Förderungen flossen in der Steiermark 2016 im Kulturbereich. Die kulturpolitische Diskussion soll im Zentrum der Landespolitik verortet werden.**

Der jährliche Bericht über Förderungen aus dem Kulturbereich weist für das Jahr 2016 einen Betrag von 60.384.664,74 Euro aus. Davon flossen knapp 46 Millionen Euro in die Landes-Kultureinrichtungen, fast elf Millionen Euro in Allgemeine Kunst & Kultur-Förderungen sowie über drei Millionen Euro in die Volkskultur.

Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei stellten klar, dass es sich bei der Darstellung der Volkskultur in einem eigenen Kapitel des Berichts keinesfalls um ein mehrfach behauptetes Gegeneinander von Volkskultur und Hochkultur, sondern vielmehr um ein verbindendes Element im Sinne von Vielfalt und Tradition der steirischen Kulturlandschaft handelt. Gerade diese Vielseitigkeit, die die unterschiedlichsten Interessen abdeckt, ist ein starker Magnet für Besucher und Gäste aus dem In- und Ausland.

Die breite Unterstützung für die großen landeseigenen Kulturinstitutionen wie das Universalmuseum Joanneum, die Theaterholding mit Oper, Schauspielhaus und Next Liberty und der steirische Herbst, sowie die freie Szene in der Steiermark, wurden im Besonderen unterstrichen.

Kulturlandesrat Christopher Drexler wies auf die hohe Qualität des Kulturangebots sowie die außerordentlich vitale Szene in der Steiermark hin. Mit einer zukünftigen Bundesregierung solle zudem eindringlich die Verteilung der Bundesmittel im Kulturbereich – von denen die Regionen und Länder ein verschwindend geringer Anteil erreicht – besprochen werden.

Das Ziel des Kulturreports, das die VP-Mandatäre in ihren Wortmeldungen untermauerten, ist es, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, um zusätzliche und neue Impulse sowie neue Energie in die bereits auf höchstem Niveau agierende Kulturszene in der Steiermark zu bringen. Dafür gilt es auch das kulturpolitische Bewusstsein im Landtag, in der Landesregierung und darüber hinaus weiter zu stärken.

**Der Kulturförderungsbericht 2016 wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ zur Kenntnis genommen.**

## **Landtag Steiermark fordert Maßnahmen gegen Käfigeier-Importe**

**Der Landtag Steiermark fordert mit einem einstimmigen Beschluss die Verhinderung von Käfigeier-Importen sowie eine Verbesserung der Kennzeichnungspflichten. Eier aus unsachgemäßer Haltung sollen den Weg in heimische Regale in Zukunft nicht mehr finden.**

Mit seinem Beschluss setzt der Landtag Steiermark ein Zeichen für Lebensmittelsicherheit und Tierschutz. Es ergeht nun die Aufforderung an die Bundesregierung, Maßnahmen gegen den Import von Eiern aus Haltungsformen zu ergreifen, die nicht den EU-Anforderungen entsprechen. Zudem sollen Lebensmittelkennzeichnungen bei Produkten die Ei enthalten zukünftig auch Angaben über die Haltungsformen von Legehennen berücksichtigen.

In Österreich gilt seit 1. Jänner 2009 ein generelles Verbot von Käfighaltung. Agrarlandesrat Hans Seitinger betont die Unterstützung der Landtagsinitiative, zur Verhinderung eines Schadens für die Landwirtschaft. Besonders die bessere Kennzeichnung hinsichtlich der in Lebensmittel enthaltenen Eier aus den verschiedenen Haltungsformen der Legehennen ist eine Forderung der Land- und Forstwirtschaft.

In der Steiermark werden derzeit 260.478 Legehennen in Biohaltung, 685.033 Legehennen in Freilandhaltung und 1,416.052 Legehennen in Bodenhaltung gehalten.

**Der Antrag der FPÖ wurde einstimmig angenommen.**

## **Förderung von Frauen in der Wirtschaft**

**Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl untermauerte ihren Willen, Maßnahmen zu setzen, um Frauen in der Wirtschaft stärker zu unterstützen. Der KPÖ-Antrag, der der Debatte zu Grunde lag, wurde vom Wirtschaftsressort wie auch vom Landtag mehrheitlich als nicht zielführend erachtet.**

In ihrem Antrag hat die KPÖ ein Berliner Modell ins Treffen geführt, wonach Zuwendungsempfänger, die mehr als zehn Personen beschäftigen, in ihrem Bereich zur Förderung von Frauen sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet sind. Angeschlossen ist ein Maßnahmenkatalog von 20 Punkten, aus denen sich die Unternehmen je nach Größe eine bestimmte Anzahl auswählen sollen.

In seiner Stellungnahme führt das Wirtschaftsressort aus, dass dieses Modell in der Steiermark u.a. deshalb nicht praktikabel ist, da rund 72 Prozent der Empfänger der steirischen Wirtschaftsförderung Kleinstunternehmer bis zu einer Größe von neun Mitarbeitern sind und das Berliner Modell auf eine Unternehmensgröße über 10 Mitarbeiter abstellt.

Durch das Berliner Modell würde man Unternehmen, die ohnehin schon an viele Vorgaben gebunden sind, zu noch mehr verpflichten. Man muss Bürokratie abbauen statt aufbauen – daher setzt das Wirtschaftsressort auf Anreize statt auf Sanktionen, die zulasten der Kleinen und Mittleren Unternehmen gehen würde. Auch was die Kontrolle betrifft, ist die Berliner Variante wenig effizient, da in Berlin in nur 7 von rund 2.600 Fällen Überprüfungen stattgefunden haben – eine Vorgehensweise, die bei der Verwendung von EU-Mitteln undenkbar wäre.

Darüber hinaus liegen die vorgeschlagenen Maßnahmen außerhalb des Zielkatalogs der Wirtschaftsförderung – der Unterstützung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Innovation und damit letztendlich von Beschäftigung und Einkommen. Gerade diese vom Landtag beschlossene Wirtschaftsförderungsstrategie soll, wie die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei betonten, nicht verlassen, sondern vehement weiterverfolgt werden. Sie ist der Garant für den wirtschaftlichen Erfolg der Steiermark, ob als Forschungsland Nummer Eins in Europa oder als jenes Bundesland, das als erstes die positive Trendumkehr am Arbeitsmarkt geschafft hat.

Die VP-Mandatare betonten gemeinsam mit Landesrätin Eibinger-Miedl die Bedeutung der Wirtschaftsförderung – trotz vergleichsweise bescheidener Mittel – als Hebel und Impulsgeber für direkte Investitionen der Unternehmen in allen steirischen Regionen. Maßnahmen, die Frauen unterstützen sind dabei ebenso in Umsetzung oder Konzeption. Um

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

nicht ins Spannungsfeld zwischen Entbürokratisierung und weiteren Vorschriften für Unternehmen zu gelangen, will man daher auch in Zukunft auf Anreize statt Sanktionen setzen. Noch im heurigen Jahr sollen im Wirtschaftsressort weitere Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Wirtschaft ausgearbeitet und vorgestellt werden, wie die zuständige Landesrätin betonte.

**Der Bericht, der die Stellungnahme des Wirtschaftsressorts beinhaltet, wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ mehrheitlich angenommen.**



## **Landtag Steiermark diskutiert erstes Europäisches Arbeitsprogramm der Landesregierung**

**Die Regierungsressorts des Landes Steiermark haben erstmals ein gemeinsames „Europäisches Arbeitsprogramm“ erstellt. Dieses stellt nicht nur einen Leitfaden für die Integration des Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission in die Arbeit der steirischen Landesregierung dar, sondern ist auch ein klares Bekenntnis der Steiermark zur Weiterentwicklung der Europäischen Union.**

Als Basis für das „Europäische Arbeitsprogramm der Steiermark“ wird das jeweils im Herbst eines Jahres erscheinende Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das kommende Kalenderjahr von allen betroffenen Ressorts der Landesregierung analysiert. Darauf aufbauend, nimmt die Landesregierung Stellung zu diesen EU-Vorhaben und definiert bereits absehbare konkrete Maßnahmen oder Aktivitäten der Ressorts. Auch weitergehende europapolitische Schwerpunkte des Landes Steiermark sind unabhängig vom jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission enthalten.

Mit dem jährlichen Europäischen Arbeitsprogramm der Landesregierung nimmt die Steiermark innerhalb der EU abermals eine Pionierrolle ein und betont dadurch auch ihre aktive Rolle als Europäische Region, wie die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei und die zuständige Europalandesrätin Barbara Eibinger-Miedl im Zuge der Landtagsdebatte verdeutlichten.

„Sichtbarkeit und Bemerkbarkeit in Brüssel heißt, für die Steiermark und ihre Interessen Gehör zu finden. Dies gelingt etwa durch unser aktives Steiermarkhaus, die erste Landesregierungssitzung eines österreichischen Bundeslandes in Brüssel oder auch im parlamentarischen Prozess durch den zweieinhalbjährigen ECON-Vorsitz von LAbg. Christian Buchmann im Ausschuss der Regionen“, berichtete Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl in ihrer Wortmeldung.

Darüber hinaus hat die Erstellung des ersten Europäischen Arbeitsprogramms der Steiermark das engagierte Netzwerk an EU-Experten aus den einzelnen Ressorts innerhalb der Landesverwaltung gestärkt. Das Bewusstsein, dass Europa alle betrifft und europäische Themen Querschnittsmaterien sind, die nicht nur das Europa-Ressort betreffen, wird durch die Erarbeitung dieses gemeinsamen Programms weiter gefördert.



## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

**Das Europäische Arbeitsprogramm der Landesregierung, das in Zukunft jedes Jahr erstellt und dem Landtag zur Debatte vorgelegt wird, wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen zur Kenntnis genommen.**

## **Landtag Steiermark genehmigt Förderung für Basisbildung**

Laut Schätzungen der UNESCO-Kommission verfügen zwischen 300.000 und 600.000 Menschen in Österreich über keine ausreichenden Kompetenzen in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen.

Eine seit 2012 bestehende Bund-Länder-Initiative zielt darauf ab, Jugendliche und Erwachsene auch nach Beendigung der Schulausbildung den Erwerb grundlegender Kompetenzen und Bildungsabschlüsse unentgeltlich zu ermöglichen. Insbesondere Jugendliche ohne positiven Pflichtschulabschluss sowie gering qualifizierte Erwachsene sollen gefördert werden.

Nach 2012 bis 2014 sowie 2015 bis 2017 wurde mit dem Beschluss des Landtages die Programmphase 2018 bis 2021 ermöglicht. Das Land Steiermark stellt dabei jährlich 150.000 Euro für den Programmbereich „Basisbildung“ und 400.000 Euro für den Bereich „Nachholen des Pflichtschulabschlusses“ zur Verfügung. Die Fördermittel des Landes werden jeweils durch den Bund verdoppelt. Im Bereich „Basisbildung“ können zusätzlich Mittel des Europäischen Sozialfonds in Anspruch genommen werden.

**Die Vereinbarung wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen genehmigt.**